



Wählen mit Tablet oder Smartphone ist nicht möglich. Zumindest noch nicht.

BILD: SNFOTOLIA, MONTAGE: DOPFSCH

Rettet das Web die Demokratie?

Wir kaufen Bücher im Internet und diskutieren in sozialen Netzwerken. Wir warten nicht auf den Wetterbericht im TV, sondern gehen ins Web. Warum wählen wir nicht auch online?

ANGELIKA WIENERROITHER
RALF HILLEBRAND

Der damalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn war begeistert: Die ÖH-Wahl 2009 sollte richtungweisend sein. Erstmals konnten die heimischen Studenten ihre Vertreter online bestimmen. Das Ziel war klar formuliert: ein eindeutiges Wählerplus.

Wenige Wochen später wurde die ÖH-Wahl an der Uni Wien für verfassungswidrig erklärt. Studenten konnten nicht oder gleich doppelt abstimmen. Die Hochschülerschaft fühlte sich als „Versuchskaninchen“ missbraucht. Und die Wahlbeteiligung sank auf ein neues historisches Tief. Nur 2161 der rund 230.000 Studenten hatten online gewählt.

Fast auf den Tag genau fünf Jahre sind seit der Blamage vergangen. Seither gab es in Österreich keine größere Onlinewahl mehr. Gleichzeitig durchdringt das Web jedoch immer stärker unser aller Leben. Statt am Schalter für Rolling-Stones-Karten anzustehen, warten wir vor den Bildschirmen, bis wir die Tickets in den Warenkorb klicken können. Statt in einem Lexikon die Französische Revolution nachzuschlagen, tippen wir das Stichwort in eine Suchmaschine ein. Warum stimmen wir also nicht online über die Sitzverteilung im Nationalrat ab? Ist E-Demokratie tot, bevor sie überhaupt richtig gelebt hat? Oder kann das Web in Zeiten von Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung der große Retter sein?

„Die ÖH-Wahl 2009 war freilich ein abschreckendes Beispiel“, sagt Sigrid Maurer. Die Grünen-Politikerin kandidierte damals für den ÖH-Vorsitz und erlebte das Desaster in erster Reihe: „Es war ein totaler Wahnsinn, völlig dilettantisch. Das Ganze hätte nie über die Bühne gehen dürfen.“ Alles sei schlecht geplant gewesen, von der Technik bis hin zu den Ausgaben. „Die Wahl kostete 900.000 Euro. Für eine Stimme wurden also 400 Euro ausgegeben.“ Spätestens seit damals ist das Kapitel Onlinewahl für Maurer geschlossen: „E-Voting geht generell nicht. Die Briefwahl ist schon schwer mit unseren Wahlgrundsätzen zu vereinbaren (etwa frei und geheim, Anm.). Onlinewahlen sind aber schlicht verfassungswidrig.“

Dass durch Onlinevoting mehr Wähler gewonnen werden können, hält Maurer schlicht für „Blödsinn“: „Web 2.0 kann sicherlich einen Beitrag zur Informationsverbreitung und Kommunikationskultur

leisten. Wichtiger ist jedoch, Leuten politische Themen begreiflich zu machen.“ Oder anders: „Das Zentrale ist Bildung und Information. Über welchen Kanal das transportiert wird, ist vollkommen egal.“

Wolfgang Bauer, Landesvorstand der Salzburger Piratenpartei, räumt dem Web mehr Möglichkeiten ein. „Onlinewahlen sind selbstverständlich wünschenswert.“ Doch der Nachsatz lässt aufhorchen: „Aktuell ist E-Voting nicht umsetzbar. Technisch sind die Möglichkeiten noch nicht ausgereift und sicher genug.“ Das entspricht nicht gerade dem Klischee der digitalaffinen Piraten. Laut Bauer gibt es große Unterschiede zwischen der Bundespartei und den Landesparteien. „Wir sind da kritischer und nutzen etwa keine Onlinetools, um über Parteibelange abzustimmen.“

Die Zentrale der Piraten hält dagegen. „Wir wissen selbst, dass solche Onlineabstimmungen eine Gratwanderung sind“, sagt Lukas Daniel Klausner, Mitglied im Bundesvorstand der Piratenpartei. Konkret: „Weil die technischen Möglichkeiten eben nicht ausgereift sind, lehnen auch wir E-Voting noch ab.“ Bestimmte demokratische Mittel könnten aber gut über das Netz transportiert werden. „Die Vorstufe zu Onlinewahlen, etwa der Appell, dass ich über etwas abstimmen möchte, kann in breiter Form nur von Web 2.0 begleitet werden.“

In diesem Punkt sind sich die Piraten einig. „Alles was zur Partizipation beiträgt, ist wünschenswert. Feedback von Bürgern sammeln oder einen Antrag gemeinsam aufarbeiten, das geht nur online. Sonst komme ich nie an die Leute heran“, sagt Salzburgs Landesvorstand Bauer. Zugleich schränkt er ein: „Ein Like auf Facebook ist für mich keine echte Partizipation. Und schon gar nicht Politik.“

Gerade die Facebook-Gruppe „Gegen Tempo 80 auf der 6-spurigen Autobahn“ könnte man allerdings als prominentes Salzburger Gegenbeispiel nennen. Die Fansseite hat mittlerweile rund 39.000 Anhänger – und die politische Diskussion zu dem Thema stark angeheizt.

Das Potenzial des World Wide Web ist auf alle Fälle enorm. Nach einer aktuellen Studie der Österreichischen Webanalyse surfen 80,4 Prozent der Österreicher regelmäßig im Netz. Nur zwei von zehn Personen verzichten gänzlich auf das Internet.

Gleichzeitig war etwa die Beteiligung an der Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg so niedrig wie noch nie. Nur 49,67 Prozent der Wahlberechtigten gaben im März ihre Stimme ab.

Technik könne nur ein Mittel zur Problemlösung sein, nicht die Lösung selbst, sagt Stefan Schartlmüller. Für den Gründer des Netzwerks „IG Demokratie“ trifft eine Online-Stimmabgabe nicht den Kern des Problems: „Die Menschen sind der Meinung, dass ihre Stimme nichts bewirkt.“ Die Bürger mieden die Wahlurnen, egal ob virtuell oder real, weil seit 1996 bereits 756 Petitionen und Bürgerinitiativen im entsprechenden Ausschuss des Nationalrats gelandet seien. „Und bei keinem einzigen Begehren ist etwas passiert.“ 140.000 Österreicher haben etwa die Petition für einen Hypo-Untersuchungsausschuss unterzeichnet und damit versucht, Druck auf die Politik zu erzeugen. Ob die Petition Wirkung zeigt, ist jedoch völlig offen.

Der Vergleich einer Wahl mit Shopping im Internet hinkt laut Schartlmüller: „Bücher bestellen ist ein simpler Prozess, für eine Stimmabgabe brauche ich mehr Information.“ Bei der vergangenen Nationalratswahl hätten die Bürger neun Parteiprogramme lesen sollen. „Wer hat schon die Zeit dafür?“ Sich an Sprüchen auf Wahlplakaten zu orientieren reiche aber nicht aus. „Wenn die Parteien in Koalitionsverhandlungen treten, verwässern sie die Wahlbotschaften – oder drehen sie sogar um.“

Das Netz könne helfen, die notwendigen Informationen zur Wahlentscheidung zu sammeln. „Doch wer sagt mir, dass die Information wahr ist?“, fragt Schartlmüller. Die IG Demokratie fordert deshalb vor allem eines: Kritisches Denken soll an Schulen unterrichtet werden, um Informationen richtig zu filtern und Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Schartlmüller: „Meine Lehrer haben mir erklärt, wie Demokratie theoretisch funktioniert. Sie haben mir aber nicht beigebracht, wie ich ein Volksbegehren umsetze.“

Selbst das klügste Volksbegehren nützt nichts, wenn die Politik den Vorschlag abwürgt. Deshalb verlangt Schartlmüller Reformen: „In den vergangenen 50 Jahren hat sich die österreichische Politik nicht weiterentwickelt.“ In Irland finde etwa ein Konvent statt, auf dem Politiker mit Bürgern über eine neue Verfassung diskutierten. „Allein durch die Beteiligung ergibt sich eine neue Qualität der Diskussion.“ Aber warum wird Bürgerbeteiligung in dieser Form nicht überall eingesetzt?

Schartlmüller glaubt, es sei eine Frage der Macht. „Politiker müssten einen Teil ihres Einflusses abgeben“, sagt er. Und: „Die entscheidende Frage ist und bleibt: Für wen arbeiten die Politiker eigentlich?“